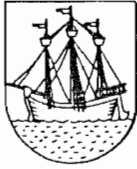


# Samtgemeinde Bunde (Ostfriesl)

– Der Samtgemeindedirektor –



2955 Bunde, den 03.01.1985

Postfach 12

Ruf 04953 / 13 13 - 13 17

Sprechzeiten:

Montag, Mittwoch, Freitag 8 - 12 Uhr

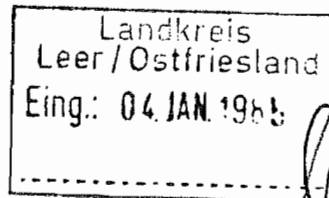
Donnerstag 15 - 17 Uhr

Az.:

Auskunft erteilt: Herr Wilken

Landkreis Leer  
Postfach 16 40

2950 Leer



Betr.: Bebauungsplan Nr. 02.12. Börgerland, Bunde  
hier: öffentliche Bekanntmachung des Satzungs-  
beschlusses im Amtsblatt für den Land-  
kreis Leer.

Der Rat der Samtgemeinde Bunde hat die II. Änderung des  
og. Bebauungsplanes als Satzung beschlossen.

Ich bitte um die Veröffentlichung des als Anlage beige-  
fügten Satzungsbeschlusses in dem Amtsblatt für den Land-  
kreis Leer am 15.01.1985

Im Auftrage:

*Wilken*

Gemäß § 155 a Abs. 1 und 3 BBauG ist eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen des Bebauungsplanes, mit Ausnahme der Vorschriften über die Genehmigung und die Bekanntmachung, unbeachtlich, wenn die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift nicht innerhalb eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Leer geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen.

Leer, 07.01.1985

Stadt Leer (Ostfriesland)  
Der Stadtdirektor

## II. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 0212 Börgerland der Samtgemeinde Bunde gemäß § 13 BBauG

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl./S. 2256/S. 3617) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl./S. 949) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 229) hat der Rat der Samtgemeinde Bunde diese 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 0212 Börgerland bestehend aus den nachstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Bunde, 06.11.1984

Samtgemeinde Bunde

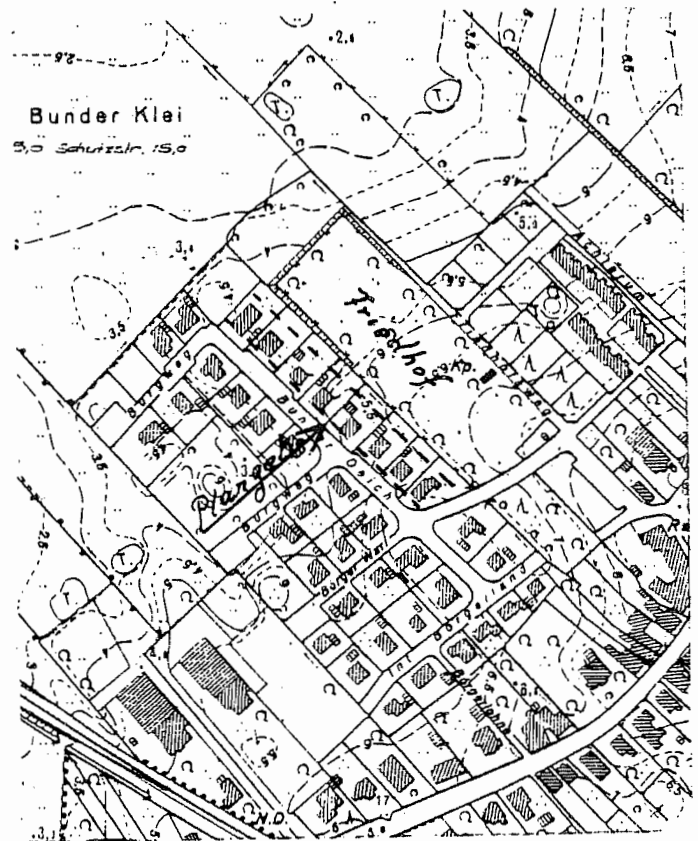
Samtgemeindebürgermeister

Samtgemeindedirektor

Textliche Festsetzung

### § 1

Die 2. Änderung umfaßt die Flurstücke 70, 71, 72, 73, 74, 7/5, 7/6, 7/34, 7/35 des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 02.12. Börgerland (siehe Planausschnitt).



### § 2

#### Festsetzungen

Erweiterung der überbaubaren Flächen; auf den Flurstücken aus § 1 wird die Baugrenze um 4,0 m weiter an das Grundstück der ev.-ref. Kirche (Friedhof) heran verlegt.

### § 3

#### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Bunde, 06.11.1984

Samtgemeinde Bunde

Samtgemeindebürgermeister

Samtgemeindedirektor

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 02.12 Börgerland wird hiermit als Satzung öffentlich bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung wird die 2. Änderung dieses Bebauungsplanes gemäß § 13 BBauG in Textform rechtsverbindlich. Die Satzung liegt mit Begründung ab sofort bei der Samtgemeinde Bunde zu jedermanns Einsicht bereit und kann im Rathaus - Bauamt - während der Dienststunden eingesehen werden.

Auf die Vorschriften des § 44 c Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 2 des BBauG in der z. Z. geltenden Fassung über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch den Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Des weiteren ist gemäß § 155 a Abs. 1 und 3 BBauG in der z. Z. geltenden Fassung eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des BBauG beim Zustandekommen des genannten Bauleitplanes unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des Bebauungsplanes gegenüber der Samtgemeinde Bunde geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht für die Verletzung von Vorschriften über die Genehmigung und die Bekanntmachung der Satzung.

Bunde, 02.01.1985

Samtgemeinde Bunde  
Der Samtgemeindedirektor

### Bekanntmachung der Gemeinde Rhaderfehn

Betr.: Flächennutzungsplan der Gemeinde Rhaderfehn  
hier: 3. (generelle) Änderung des Flächennutzungsplanes.

Die Bezirksregierung Weser-Ems hat die vom Rat der Gemeinde Rhaderfehn am 10.04.1984 beschlossene 3. (generelle) Änderung des Flächennutzungsplanes mit Verfügung vom 11. 12.1984 – Az.: 309.5-21101-57018 – genehmigt.

Gemäß § 6 Abs. 6 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I Seite 2256) wird die Genehmigung hiermit bekanntgemacht.

Die genehmigte 3. Änderung des Flächennutzungsplanes liegt mit Erläuterungsbericht ab sofort während der Dienststunden im Rathaus Rhaderfehn, 1. Südweke 2 a, 2953 Rhaderfehn Zimmer 2.20, unbefristet zur Einsicht öffentlich aus.

Auf die Vorschriften des § 155 a Abs. 1 und 3 des BBauG wird hingewiesen. Danach ist eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des BBauG bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen nach diesem Gesetz unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Dies gilt nicht für die Verletzung von Vorschriften über die Genehmigung und die Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes.

Rhaderfehn, 20.12.1984

Gemeinde Rhaderfehn  
Der Gemeindedirektor

### Bekanntmachung der Gemeinde Rhaderfehn

Genehmigung von Bebauungsplänen

#### a) Bebauungsplan Nr. 7.09 „Ziegeleiring“

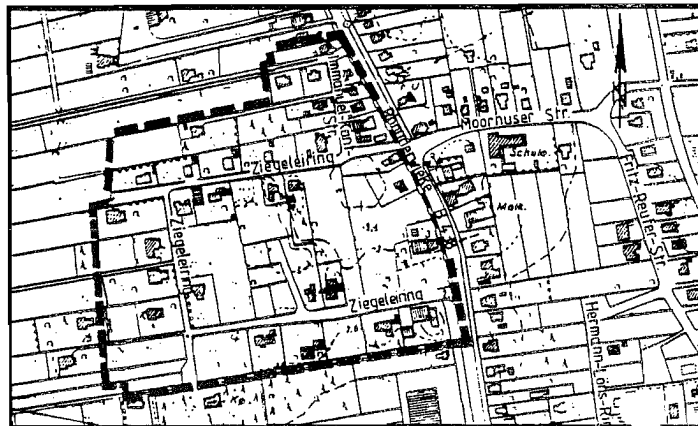
Der Landkreis Leer hat mit Verfügung vom 26.09.1984 – Az.: IV/61-Nr. 7.09-saa-di – gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I Seite 2256) den vom Rat der Gemeinde Rhaderfehn am 10.04.1984 als Satzung beschlossenen Bebauungsplan Nr. 7.09 „Ziegeleiring“ unter folgender redaktioneller Auflage genehmigt:

„Der § 3 der textlichen Festsetzung ist wie folgt zu formulieren:

1. Werden Gebäude von der Baugrenze durchschnitten, so ist die Baugrenze dann einzuhalten, wenn erhebliche Umbauten vorgenommen werden. Erhebliche Umbauten sind solche, die nicht der Werterhaltung, sondern der Wertsteigerung des Gebäudes dienen.
2. Reparatur- und Umbauarbeiten können im Rahmen des Bestandsschutzes ohne Rücksicht auf die Baugrenze durchgeführt werden.“

Der Rat der Gemeinde Rhaderfehn ist dieser Auflage am 06.12.1984 beigetreten.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist aus dem folgenden Kartenausschnitt ersichtlich:



Vervielfältigungserlaubnis erteilt am 13.12.1978, Az.: 05/03/18/78 durch das Katasteramt Leer.

#### b) Bebauungsplan Nr. 7.13 „Gewerbegebiet-Süd“

Der Landkreis Leer hat mit Verfügung vom 19.11.1983 – Az.: IV/610.1.02-08-7.13-saa-di – gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I Seite 2256) den vom Rat der Gemeinde Rhaderfehn am 01.04.1982 als Satzung beschlossenen Bebauungsplan Nr. 7.13 „Gewerbegebiet-Süd“ unter folgenden Auflagen genehmigt:

1. Die textliche Festsetzung, bauliche Anlagen an elektrischen Freileitungen, ist als nachrichtliche Übernahme gemäß § 9 Abs. 6 BBauG zu kennzeichnen.
2. Das Maß der baulichen Nutzung für das Kleinsiedlungsgebiet, teilweise Flurstück 90 und 102/2, ist gemäß § 17 Abs. 1 BauNVO mit einer Grundflächenzahl von 0,2 und einer Ge-